

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

6.12.1928 (No. 286)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 965
und 964
Postfachamt
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. Menz
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Kpf. — Samstags 15 Kpf. — Anzeigengebühr 14 Kpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite, Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassentatort gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt weg. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in telephonischem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für ungewollte Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Waffenschriften, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Um den Reparationsausschuß

Nach Parker Gilbert für Verbindung von Räumung und Reparationen?

W.D. London, 6. Dez. (Tel.) Ein französischer Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: In den letzten Tagen scheinen einige Fortschritte in den Besprechungen der sechs Mächte betr. die deutsche Note vom 30. Oktober erzielt worden zu sein. Eine endgültige Entscheidung ist zwar noch nicht erreicht, aber alle sichtbaren Zeichen deuten darauf hin, daß in der Frage, ob die Sachverständigen mit Ausnahme der Deutschen von der Reparationskommission ernannt werden sollen, die französische Ansicht durchdringen wird. Eines der wesentlichen, von französischer Seite vorgebrachten Argumente ist, daß wie bei dem Dawesplan im Jahre 1924, die Reparationskommission die Mitarbeit eines amerikanischen Sachverständigen leichter sichern kann als irgend eine andere Beförderung. Es wird Vorsehung getroffen werden, daß die deutschen Sachverständigen, die von Berlin bezeichnen werden, eine völlig gleiche Stellung erhalten. Andererseits ist es wahrscheinlich, daß die Nachbegründung der Sachverständigen sehr weitreichend sein werden, wie dies Deutschland im Gegensatz zu der einschneidenden Formel vorgeschlagen hat, die von Parker Gilbert entworfen und von der französischen Regierung unterstützt worden war.

Der Korrespondent sagt: Auf dieser Grundlage scheint eine Verständigung (innerhalb der Entente) nahe zu sein, und wahrscheinlich werden die fünf beteiligten Mächte schriftliche Antworten nach Berlin senden. Bezüglich der Bedingungen der evtl. Rheinandrängung soll Parker Gilbert ungefähr folgende Formel vorgeschlagen haben: „Die Räumung wird erfolgen, sobald die Regelmäßigkeit und Kontinuität der deutschen Reparationszahlungen einen solchen Stand der Dinge geschaffen haben wird, daß Deutschland es nicht mehr möglich finden würde, seine Reparationszahlungen zu unterbrechen, ohne seinen eigenen Kredit zu schädigen.“

Die Frage der Rheinandrängung im Unterhaus

In der weiteren Ansprache im englischen Unterhaus über die Rheinandrängung richtete am Mittwoch Churchill an Chamberlain die Anfrage, ob er der von dem verstorbenen Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichneten Erklärung, die als Interpretation des Art. 431 des Versailler Vertrags veröffentlicht wurde, Beachtung geschenkt habe. Die Erklärung besagt, daß das Rheinland zu einem früheren Zeitpunkt als nach Ablauf der 15jährigen Frist geräumt werde, wenn Deutschland Beweise seines guten Willens gibt, seine Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen.

Chamberlain antwortete, daß die alliierten Mächte auch jetzt von dem Geist dieser Erklärung befeuert seien. Auf eine weitere Anfrage Kennoths erklärte Chamberlain, daß der Locarno-Pakt mit der Auslegung des Vertrages von Versailles nicht in irgendeiner direkten Beziehung stehe. In bezug auf die Erklärung vom Juni 1919 wies Chamberlain darauf hin, daß sie nicht eine Verpflichtung der deutschen Regierung gegenüber anderen alliierten Regierungen sei, obwohl all diese Regierungen zur Zeit im Geiste dieser Erklärung handelten. Der Abg. Wegwood erklärte, daß es, solange die jetzige Regierung im Amt sei, als unangenehm betrachtet werden müsse, daß sich die britische Regierung der französischen Auffassung anschließe und Räumung und Reparationen in Zusammenhang bringe. Der Redner wünschte den Standpunkt der englischen Regierung endgültig klarzustellen, die Antwort am Montag sei nicht klar gewesen. Chamberlain bat ihn, seine Anfrage angesichts der Bedeutung der Angelegenheit schriftlich einzureichen.

Das Urteil im Ludwigshafener Verespionageprojek

Im Verespionageprojek in Ludwigshafen wurde am Mittwoch folgendes Urteil gefällt: Hellmann wird wegen fortgesetzten Vergehens nach § 17 Abs. 1 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Tateinheit mit Vergehen der Anstiftung zum Vergehen nach § 17 zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr verurteilt, im übrigen freigesprochen. — Schwarzwälder, 9 Monate Gefängnis; er wird im übrigen freigesprochen. — Müller erhält 5 Monate Gefängnis; im übrigen wird auch er freigesprochen. — Magin wird freigesprochen. Hellmann, Schwarzwälder und Müller werden je vier Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Die Angeklagten haben, soweit sie verurteilt worden sind, die Kosten zu tragen. Der Haftbefehl gegen Müller wird aufgehoben, besteht aber gegen Schwarzwälder und Hellmann weiter.

In der Urteilsbegründung heißt es: Das Gericht ist von der Überzeugung ausgegangen, daß alle ausgegebenen Berichte Betriebsgeheimnisse darstellen, höchstens einer der Berichte könnte evtl. nicht als Betriebsgeheimnis angesehen werden. Sinsächlich des § 6 des Gesetzes gegen den Verstoß militärischer Geheimnisse konnte das Gericht nicht zu dem Beschlusse kommen, daß Schwarzwälder und Müller schuldig zu erkennen sind. Beide haben keine Beziehungen zu den Franzosen angeknüpft. Die Beziehungen wurden von den Franzosen zum Zwecke der Verespionage angeknüpft und es ist nicht erwiesen, daß, nachdem sie von den Franzosen nach militärischen Dingen gefragt wurden, sie ihre Beziehungen weiter unterhalten haben. Schwarzwälder habe nicht erklärt, er wolle mit politischen Dingen nichts zu tun haben, denn das sei Landesverrat. Er habe demgegen seine Beziehungen zu den Franzosen abgebrochen. Eine ungebührliche Handlungsweise sei bei Magin nicht zu erblicken und deshalb sei er freizusprechen. Die Angeklagten nahmen ihre Strafe sofort an, jedoch Schwarzwälder unter Vorbehalt.

Schulkreuzer „Guden“ ist am Mittwoch zu einer 15monatigen Ausbildungsreise von Wilhelmshaven in See gegangen.

Letzte Nachrichten

Die Affäre Damm

Dr. Berlin, 5. Dez. (Tel.) Die Untersuchung der Geschäfte des Generaldirektors Damm der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten hat, wie die „D.Z.“ meldet, neue Belastungsmomente gebracht. Durch die Buchführeruntersuchungen und eingehenden Ermittlungen der Kriminalpolizei ist festgestellt worden, daß Damm eigene Geschäfte auf Kosten und Kontos des Verbandes machte. Sowohl bei dem Bankhaus Bruno Philipp & Co. als auch bei dem Bankhaus Herrig, dem Damm besonders nahesteht, sind umfangreiche Korrespondenzgeschäfte gemacht worden. Abgeschlossen sind diese Konten nicht. Bei dem Bankhaus Philipp beliefen sich die Verbindlichkeiten auf über 2 Millionen Reichsmark. Hier hat Damm nachweislich einmal 100 000 Reichsmark erhoben, beim Bankhaus Herrig sogar einmal 150 000 M mit von ihm gezeichneten Schecks. Diese Verbindlichkeiten sollen angeblich von der Berliner Feuer-Versicherungsgesellschaft gedeckt werden. Nun hat aber die Revision der Bücher nicht ergeben, daß irgendwie diese Beträge durch die ordnungsmäßige Buchführung gegangen sind.

Kelloggpaß und Räumungsanträge

W.D. Washington, 5. Dez. (Tel.) Die Erörterung des Kellogg-Paktes durch den Senatsausschuß des Außen ist von heute auf Freitag verschoben worden, wo Kellogg erlutet werden wird, persönlich zu erscheinen. Das Repräsentantenhaus hat dazu ohne Debatte den sogenannten Brittengeheimnisantrag angenommen, der eine Ausgabe von annähernd 15 Millionen Dollars für Änderungen zweier Schlachtschiffe vorsieht. Der Besatzungsantrag geht jetzt an den Senat. Es handelt sich um Verstärkung des Schutzes gegen Flugzeuge und U-Boote, Einrichtung von Flugabwehrkanonen und die Elevation der Turmschiffe. Beide Häuser haben 5 Millionen Dollars für Einrichtung von Marineanlagen in ungefähr 20 Marinestationen in Amerika und seinen auswärtigen Besitzungen genehmigt.

Türkisches Eisenbahnabkommen

W.D. Ankara, 5. Dez. (Tel.) Die seit längerer Zeit zwischen dem Finanzminister und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft schwebenden Verhandlungen sind nunmehr zu einem Abschluß gekommen. Der Ministerrat hat die Unterzeichnung eines Abkommens beschlossen, das sich in der Hauptsache auf die Eisenbahnstrecke Merzina—Ankara und auf den Hafen Saida-Bascha bezieht. Sämtliches mobiles und immobiles Gut der Eisenbahngesellschaft auf dieser Strecke und im Hafen Saida-Bascha, ferner die Anlagen und Rechte der Gesellschaft im Hafen von Alexandretta gehen in den Besitz der türkischen Regierung über. Gleichzeitig hat die türkische Regierung die Aktienmajorität der Anatolischen Eisenbahngesellschaft erworben.

Beamtenabbau und Pensionslasten

Der Haushaltsausschuß des Reichstages verhandelt seit einigen Tagen über die Wiedereinstellung der Wartestandsbeamten. Ministerialdirektor Dr. Voßhoff kündigte an, daß zur Regelung dieses schwierigen Problems ein Gesetzentwurf bereits in Vorbereitung sei, der dem Reichstag demnächst zu gehen werde.

Der demokratische Abg. Schuldt erklärte, daß der Beamtenabbau seinerzeit in einer Art Rhythos unüberlegt vollzogen worden sei. Das ganze Ergebnis sei nun, daß man arbeitsfähige Beamte auf Wartegeld gesetzt habe, die jetzt ohne Arbeit Gehälter beziehen, ohne daß wirklich Stellen und Gehälter an anderer Stelle gespart worden seien. So habe diese Sparmethode gar keine Erfolge erzielt. Abg. Schuldt verlangt, daß man diesen Beamten Abschlagssummen gebe und ihnen den Übergang in den Ruhestand erleichtere. Dieser Kritik schloß sich Abg. Erling (Ztr.) an. Auch er betonte, es gehe nicht an, Beamte mit 70 bis 80 Proz. auf der Strafe herumlaufen zu lassen und dafür neue Beamte mit vollem Gehalt einzustellen. Der Steuerzahler dürfe nicht unnötig belastet werden. Eine gesetzliche Regelung sei erforderlich. Denn die gesamte Pensionslast von Reich, Ländern, Gemeinden, Reichspost und Reichsbahn betrage heute fast zwei Milliarden (genau 1.949 Mill.) und sei höher als die Lasten, die das reiche Amerika dafür zahle. Die Pensionslast des Reiches allein beträgt 400, die der Länder 465, die der Reichsbahn 505, die der Post 235 und die der Gemeinden 300 Millionen, dazu kommen noch 41 Millionen für Elsaß-Lothringen. Einstimmig angenommen wird ein Antrag, der die Reichsregierung erucht, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Wartestandsbeamten vorzulegen und im Benehmen mit den Ländern in verstärktem Maße für die Wiederbeschäftigung der Wartestandsbeamten zu sorgen.

Annahme fand schließlich auch ein Antrag der Regierungsparteien, der von der Reichsregierung verlangt, alljährlich dem Reichstag eine Übersicht über die Auswirkungen des § 40 des Verordnungsgebefehrs, der eine Reuebefegung jeder freizuerwerbenden dritten Beamtenstelle untersagt, vorzulegen.

Die heftigen Finanzen. Wie der „Dem. Zeitungsdienst“ erfährt, ist der Bericht des Beauftragten des Reichspartiaministrars über die Beurteilung der heftigen Verwaltung und Finanzlage nunmehr abgeschlossen. Er wird der Regierung in Darmstadt in den nächsten Tagen zugeleitet. Die heftige Regierung, auf deren Wunsch die Prüfung in allen Einzelheiten vorgenommen wurde, nimmt dann zu den einzelnen Fragen noch einmal Stellung, und von dem Abschluß dieser Stellungnahme wird es abhängen, wann der endgültige Bericht des Reichspartiaministrars der Öffentlichkeit vorgelegt werden kann.

* Zur Beilegung des Konflikts im Ruhrgebiet

Der Schiedsspruch, mit welchem der Reichsinnenminister Severing den Konflikt im Ruhrgebiet offiziell beschließen wird, wird erst Ende nächster Woche erwartet. Wie gemeldet wurde, hat Severing selber erkennen lassen, daß er mit seinem Schiedsspruch von dem bisherigen sachlich abweichen werde, da der erste Schiedsspruch gar zu schematisch erfolgt sei, nämlich, ohne der Verschiebenartigkeit der Arbeit und den vorhandenen Lohnunterschieden gerecht zu werden. Severing kennt die örtlichen Verhältnisse bekanntlich aus langjähriger eigener Erfahrung. Er wird sich jetzt von neuem gründlich mit diesen Verhältnissen vertraut machen. Dazu gehört Zeit. Und deshalb wird man es begreifen können, daß sich die Fällung des Schiedsspruchs bis zum Ende der nächsten Woche hinzieht. Zumal der Minister in seinem Schiedsspruch offenbar alle Fragen mit berücksichtigen wird, welche in der dortigen Gegend für die vertragsrechtlichen Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber maßgeblich sind.

Die Aussperrung selbst ist ja nunmehr beendet. Das ist als ein sehr erfreulicher Gewinn für unsere innere Politik zu verbuchen. Wirtschaftlich begannen sich die Folgen der Aussperrung bereits in einer Weise bemerkbar zu machen, die in absehbarer Zeit eine Katastrophe befürchten ließ. Vom Standpunkt der Unternehmerinteressen aus gesehen, war der Zustand der Arbeitsruhe so schädigend wie nur irgend möglich. Die Arbeitnehmer konnten zwar mit Unterstüttungen rechnen, aber diese Unterstüttungen reichten doch — von Ausnahmen abgesehen — an das Normalmaß des bisherigen Verdienstes nicht heran. Und ein erheblicher Anfall an Lohn wird naturgemäß in der Zeit vor Weihnachten von jedem Hausvater und von jeder Hausfrau besonders schmerzhaft empfunden.

Sehr schlimm war die Einwirkung der Aussperrung auf das übrige Wirtschaftsleben, das heißt auf Teile der Bevölkerung, die mit dem Konflikt selbst nicht das geringste zu tun hatten und nun doch unter seinen Folgeerscheinungen leiden mußten. Streiks und Aussperrung sind eben unter allen Umständen ein Unglück und nur dann zu rechtfertigen, wenn äußerster Not und harter Zwang sie gebieten. Es hat jedoch wenig Zweck, sich heute noch mit der Entstehung des ganzen Konflikts polemisch zu beschäftigen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben klar befunden, daß sie den Frieden wollen und sich zu diesem Zweck dem Schiedsspruch Severings zu unterwerfen gedenken, mag er so oder so ausfallen.

Die Geschichte dieses Schiedsspruchs stellt ein ganz neues Faktum in der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands dar. Nachdem alle gesetzlich vorgeschriebenen Möglichkeiten der Vermittlung und schiedsrichterlichen Regelung erschöpft sind, wendet man sich an eine Einzelperson, die allgemeines Ansehen und Vertrauen genießt. Man hatte bekanntlich neben Severing auch den Namen des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons genannt. Durch seine praktischen Erfahrungen empfahl sich Severing sicherlich von vornherein ganz besonders. Hinderlich konnte nur noch die Tatsache sein, daß er Sozialdemokrat ist. Die Arbeitgeber im Ruhrgebiet sind alles andere eher als Sozialisten, und die Hauptmasse der ausgesperrten Arbeitnehmer gehört den christlichen Gewerkschaften, also dem Zentrum, an. Trotzdem haben beide Parteien die Person Severings akzeptiert und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie zu seiner Objektivität Vertrauen haben.

Das ist nicht nur ein persönlicher Erfolg für Herrn Severing, sondern darüber hinaus ein Erfolg für das Kabinett, in dem er sitzt. Es ist gut für ein Kabinett, einen Mann in seiner Mitte zu wissen, der über ein solches Kapital von Vertrauen und Hochachtung verfügt. Selbstverständlich haben diese Gefühle des Vertrauens und der Achtung bei dem Entschluß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht allein den Ausschlag gegeben, sondern mitbestimmend war bei beiden Parteien der Wunsch, baldigst wieder auf leidlich gangbarem Wege aus dem Konflikt herauszukommen. Und dieser Wunsch wurde, wie schon oben erwähnt, von sehr nüchternen Interessen diktiert. Aber so ist es nun einmal in der Politik: Gefühl und Verstand müssen sich die Hand reichen, wenn etwas Gutes zustande kommen soll.

Auch über die Grenzen Deutschlands hinaus wird der Vorgang Beachtung finden. Er zeigt an einem herbeizugenden Beispiel, wie man sozialpolitische Konflikte,

Lohnstreitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten in der Arbeitszeitregelung aus der Welt schaffen kann, und zwar auch dann noch aus der Welt schaffen kann, wenn sich alle anderen, sonst üblichen Vermittlungsmöglichkeiten als aussichtslos erwiesen haben. Im Interesse der Gesamtheit, im Interesse einer wahren Staatspolitik ist jedoch der ganze Vorgang mit Genugtuung zu begrüßen. Hoffentlich macht er Schule.

Die Bayerische Volkspartei

Die Bayerische Volkspartei hielt am letzten Samstag in München eine Landesversammlung ab. Anwesend waren auch Vertreter der österreichischen Christlichsozialen, sowie des deutschen, des württembergischen und badischen Zentrums. Minister a. D. Mataja von Wien betonte die Stammesverbundenheit von Bayern und Österreichern, sprach Worte des Verzeichens für die politische Sonderaktion der Bayerischen Volkspartei nach dem Krieg, betonte aber zum Schluss, da er heute der Vereinigung das Wort sprechen müsse, daß er die Vereinigung aller deutschen Katholiken für eine der wichtigsten Aufgaben halte. Vom Reichszentrum überbrachte Abg. Joad die Grüße der Zentrumspartei und erinnerte an den gemeinsamen Boden beider Parteien.

Während im Namen des württembergischen Zentrums Regierungsrat Häge die Solidarität des süddeutschen Zentrums mit der bayerischen Volkspartei in der Frage des Eigenrechtes der Länder betonte, nahm für das badische Zentrum Landtagspräsident Dr. Baumgartner das Wort. Dem Bayerischen Vortrage zufolge erzielte er stürmischen Beifall, als er betonte, daß ihm der Führer des badischen Zentrums, Prälat Dr. Schöfer, besondere Grüße an die Bayerische Volkspartei aufgetragen habe. Mit Recht ist in den Eröffnungsworten hervorgehoben worden, daß wir vom Zentrum erwarten, daß das, was die Bayerische Volkspartei als elementare Lebensfragen aufweist, hinsichtlich der Eigenstaatlichkeit der Länder und was auch noch in den Richtlinien des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei niedergelegt ist, gemeinsam mit der Bayerischen Volkspartei und mit dem süddeutschen Zentrum vertreten wird. Wir, von der badischen Zentrumspartei, vertreten mit ganzem Herzen und mit vollstem Bewußtsein dieselben Grundsätze und dieselben Forderungen, wie Sie in Bayern (Stürmische Zustimmung.) In der Dosisierung des Eintretens für die föderalistische Idee mag vielleicht mitunter ein Unterschied gewesen sein, aber im Prinzip sind wir vom ersten Tage dafür eingetreten, daß die Hoheit der Länder unter allen Umständen erhalten bleiben muß. Es ist ja nicht Eigensinn, was uns im Süden an unserer Eigenstaatlichkeit festhalten läßt, es ist ja letzten Endes die heisse Liebe zum großen deutschen Volk und zu seiner staatlichen Form, zum Deutschen Reich. Die Eigenart der deutschen Stämme wollen auch wir uns nicht nehmen lassen und ihre äußeren staatlichen Formen; denn diese äußeren Formen halten wir für unerlässlich, um die reichen Kulturschätze in die Erscheinung treten zu lassen, und diese Schätze wollen wir gesichert wissen für heute und für alle Zeiten. (Stürmische Beifallsstürme.)

Die Landesversammlung erledigte hierauf ihr Programm in vorgezeichneter Weise.

Einmütig angenommen wurde u. a. folgender Antrag: Die Fraktionen der Bayerischen Volkspartei sind gehalten, bei jeder Beteiligung an einer Koalition im Reich und im Lande folgende Richtlinien zu verlangen:

1. Die Integrität der Länder als solcher muß unbedingt anerkannt und aufrechterhalten bleiben. Die Koalition hat sich zu verpflichten, jede Fortsetzung der Anshöhlungs- und Ausbürgerungspolitik abzulehnen und zu bekämpfen.

2. Es muß Übereinstimmung unter den Koalitionsparteien darin bestehen, daß die Rechtsansprüche Bayerns und der anderen süddeutschen Länder gegen das Reich, die sich aus Verträgen und Gesetzen ergeben (Staatsbahnvertrag, Staatspostvertrag, Eintrittsgesetze und die Biersteuergemeinschaft) nun endlich von der Reichsregierung anguerkennen und wenigstens in den Binszahlungen durchzuführen sind.

3. Es muß Übereinstimmung unter den Koalitionsparteien bestehen, daß eine Verschlechterung des Finanzausgleiches für die Länder nach irgendwelcher Richtung ausgeschlossen sein muß; es ist sogar eine Verbesserung anzustreben. Die Koalitionsparteien sollen verpflichtet werden, das System der Fondsverwaltungen des Reiches grundsätzlich dadurch zu befestigen, daß sämtliche Fonds für Erfüllung von Aufgaben, die ihrer Natur und Rechtsbestimmung nach Aufgaben von Ländern und Gemeinden sind, gestrichen werden. Die dadurch freiwerdenden Reichsmittel sind unmittelbar an Länder und Gemeinden zur Erfüllung derselben Aufgaben in eigener Zuständigkeit zu überweisen.

4. Gleichzeitig ist anzustreben, die übrigen Koalitionsparteien auf einer Stellung in den Fragen der sogenannten Reichsreform zu einigen, wie sie den aus den letzten Konferenzen überreichten Denkschriften der bayerischen Staatsregierung und — hinsichtlich der Frage Preußen-Reich — den Richtlinien der deutschen Zentrumspartei vom März 1928 entspricht.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“

Das Mittwoch vormittag 9 Uhr in Friedrichshafen zu der ersten der sieben von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt vorgezeichneten Versuchsfahrten aufgeflogenen ist, ist nach einer Fahrt über dem Bodenseegebiet um 2 Uhr glatt gelandet.

Auf der Artbergbahn Langen-Mudens ist der Gesamtverkehr wieder aufgenommen. Die Umleitung der Schnell- und Expreszüge ist aufgehoben.

Badischer Landtag

Das Berliner Philharmonische Orchester wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, deren Aktien zur Hälfte die Stadt und zur Hälfte der Staat übernimmt.

Safenclevers „Ehen werden im Himmel geschlossen“. Auf eine Anzeige hin hatte die Staatsanwaltschaft Berlin gegen den Dichter Walter Safenclever Ermittlungsverfahren wegen Gotteslästerung eingeleitet. Anlaß zu diesem Verfahren gab die Aufführung der Komödie „Ehen werden im Himmel geschlossen“. Nach Prüfung des Sachverhalts ist jetzt dieses Ermittlungsverfahren eingestellt worden, da „beischimpfende Äußerungen“, die nach dem Wortlaut des § 166 des Strafgesetzbuches die Voraussetzung der Strafbarkeit der Gotteslästerung sind, als nicht vorliegend erkannt wurden.

Zeitschriftenschau

Elegante Welt. Das nächste Heft ist soeben als erste Weihnachtsnummer erschienen. Es bietet wertvolle Anregungen und Belehrung bei Auswahl der Geschenke für die Dame und den Herrn. Außerdem erhalten sowohl die Dame als auch der Herr erschoßende Auskünfte über richtige und sinnvolle Zusammenstellung ihres Troussaus für die Winterportreise. Preis 1 Mk.

Der neue Bundespräsident von Österreich

Gymnasialdirektor Wilhelm Miklas

Der österreichische Nationalrat und Bundesrat trat Mittwoch nachmittags als Bundesversammlung zusammen, um die Wahl des Präsidenten der Republik vorzunehmen. Die Abgeordneten waren fast vollständig versammelt.

Im ersten Wahlgang wurden insgesamt 210 gültige Stimmen abgegeben. Die absolute Mehrheit betrug 106 Stimmen. Es erhielten: der Präsident des Nationalrates, Miklas, 94 Stimmen, Abgeordneter Dr. Renner 91 Stimmen, Polizeipräsident Schöber 25 Stimmen. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt, blieb der Wahlgang ergebnislos. Nachdem auch der zweite Wahlgang ergebnislos verliefen war, wurden in der um 19 1/2 Uhr vorgenommenen dritten Wahl von den Sozialdemokraten leere Stimmzettel abgegeben. Der Präsident des Nationalrates, Miklas, erhielt 94 Stimmen und Polizeipräsident Schöber 26. Da nach der bisherigen Gepflogenheit bei der Wahl des Bundespräsidenten leere Stimmzettel ungültig sind, war die Summe der abgegebenen gültigen Stimmen 120. Die absolute Mehrheit betrug somit 61 Stimmen. Der bisherige Präsident des Nationalrates, Miklas, ist damit mit 94 Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt.

Wilhelm Miklas, der Nachfolger Sainijs, ist der Sohn eines Hauptkassierers bei der Postdirektion in Wien. Miklas, der 1872 in Krems geboren wurde, legte nach dem Studium der Philologie 1895 die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt am österreichischen Gymnasium ab. Von 1903 bis 1905 leitete er als Direktor das Gymnasium in Weidhofen und wurde dann Gymnasialdirektor in Horn, eine Stellung, die er auch heute noch bekleidet. Schon früh schloß er sich der christlich-sozialen Bewegung an, 1907 wurde er in den Reichsrat, 1908 in den niederösterreichischen Landtag gewählt. Vom März 1919 bis November 1920 war er Staatssekretär für Kultur und Unterricht. Seit 1920 ist Miklas Abgeordneter des niederösterreichischen Nationalrates, seit 1923 erster Präsident dieses Parlaments.

Reparationslasten und Länder und Gemeinden. Der Abschluß der allgemeinen politischen Aussprache im bayerischen Landtag veranlaßte den Finanzminister Dr. Schmelze, erneut zu der Forderung auf Verminderung der Reparationslasten. Gerade im jetzigen Augenblick — führte er aus — müßte man an das Wort eines deutschen Reichstagslers erinnern, das lautete: „Erst Brot, dann Reparationen.“ Seit Beginn der Reparationszahlungen weise die öffentliche Gesamtwirtschaft ein Defizit auf, und wenn das Reich dieses Defizit wie bisher ausschließlich auf die Länder und Gemeinden abschiebe, so entliehe dadurch der Eindruck einer günstigeren Lage unserer Finanzen, als es der Wahrheit und den Interessen des Auslandes entspreche.

Annahme des neuen württembergischen Beamtengesetzes. Der württembergische Landtag hat den Entwurf eines neuen Beamtengesetzes in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die nächste Sitzung des Landtages findet voraussichtlich am 19. Dezember statt.

Regensburg — Bogen elektrisch. Die österreichischen Bundesbahnen teilen bei Festsetzung ihres Sommerfahrplanes für das nächste Jahr mit, daß zu Beginn der großen Reisezeit bereits die Gesamtstrecke Regensburg — Bogen elektrifiziert sein wird, wodurch eine bedeutende Beschleunigung aller Schnellzüge erzielt werden kann.

Rein Friedensnobelpreis für 1928. Der Nobelausschuß des norwegischen Storting beschloß, den Friedensnobelpreis des Jahres 1928 erst nächstes Jahr zu verteilen.

Der unterelbische Parteilongstreik der Sozialisten hat sich in einer Entschärfung gegen die geplante Befestigung der französischen Nordgrenze ausgesprochen. Er verlangte die Aufhebung eines wirklichen Schutzwalls gegen den Krieg durch Einführung des Referendums über eine Kriegserklärung für sämtliche Völker, die den Kellogg-Pakt unterzeichnet haben.

Theaterkandal in Frankfurt a. M. In Frankfurt a. M. kam es Mittwoch abend anläßlich der Aufführung „Ehen werden im Himmel geschlossen“ im Schauspielhaus zu unbeschreiblichen Tumultszügen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. Dez.		4. Dez.	
	Gold	Deut.	Gold	Deut.
Amsterdam 100 G.	163.30	168.64	168.38	163.72
Kopenhagen 100 Kr.	111.79	111.91	111.79	111.91
London . . 100 £.	21.95	21.99	21.94	21.98
Paris . . . 100 Fr.	20.335	20.000	20.334	20.374
New York . . 1 D.	4.1920	4.2995	4.1925	4.2005
Schweiz . . . 100 Fr.	16.37	16.41	16.375	16.415
Schweden . . 100 Kr.	80.76	80.92	80.76	80.92
Wien 100 Schilling	58.95	59.07	58.95	59.07
Prag . . . 100 Kr.	12.421	12.441	12.422	12.442

Der Karlsruher Hafenverkehr im November. Im November 1928 war der Wasserstand des Oberrheins erheblichen Schwankungen unterworfen. Abgesehen von den dadurch entstandenen Behinderungen und von einigen Rebelltagen war die Fahrt für die Großschifffahrt nach und von Karlsruhe im Monat November verhältnismäßig günstig. Der Gesamtverkehr des Karlsruher Rheinhafens hat denjenigen des Vormonats um rund 19 000 Tonnen überstiegen und eine Kleinigkeit auch den Novemberverkehr von 1927 hinter sich gelassen. Der Mehrverkehr ist ausschließlich einer Steigerung der Zufuhr zu danken, und zwar hauptsächlich einer erhöhten Ankunft von Brennstoffen, Holz und Stükgut. Bei der Abfuhr ist eine Verkehrsverminderung zu beobachten gewesen, vor allem bei Altsen und Holz, was in erster Reihe auf den Vorkampfen in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie zurückzuführen ist. Der Abfuhrumschlag ist im Hinblick auf diese Störung im Monat November vollständig eingestellt worden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die seit gestern ostwärts bis Finnland gewanderte Zyclone hat den hohen Druck noch etwas weiter ostwärts verdrängt. Das Wetter war nur teilweise heiter. In Nordbaden fielen unbedeutende Niederschläge. Die Temperaturen lagen auch in der Ebene nächst nahe dem Gefrierpunkt. Neue Tiefdruckwellen, die über den britischen Inseln Regen verursachen, werden morgen nördlich von uns angelangt sein und bei kälterem nordwestlicher Luftzufuhr vorübergehend Niederschläge bringen. Aber dem Ocean liegt ein kräftiges Hoch, so daß von dort aus weitere Störungen nicht zu erwarten sind. Wetterausblick: Meist wolfig, überwiegend Regen, im Gebirge Schnee, nachts; später kälter.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Dr. Karlsruher, 5. Dezember 1928.

In der Nachmittagsitzung berichtet Abg. Reinhold (Soz.) über die Abhör der Rechnung des Rechnungshofes für 1927. Sein Antrag geht dahin, die Rechnungslegung unbeanstandet zur Kenntnis zu nehmen. Der gleiche Abgeordnete äußert sich über die Stellungnahme des Haushaltsausschusses zu den schriftlichen Vorträgen des Präsidenten des Rechnungshofes an das Staatsministerium (vom 10. und 26. Oktober 1928) über

Die Einberufung und Befugnisse des Rechnungshofes

Darin kommt das Verlangen zum Ausdruck, die Sache des Rechnungshofes durch dessen Präsidenten selbst vor dem Landtag vertreten zu lassen. Der Finanzminister ist dagegen, ebenso der Landtag.

Der Ausschuß beantragt, die schriftlichen Vorträge durch Kenntnisnahme als erledigt zu erklären.

In der Aussprache behandelt Abg. Gündert (D. Vpt.) die grundsätzliche Seite der Frage, die von eminent politischer Bedeutung sei. Das Parlament habe das allergrößte Interesse daran, daß es ein von aller Politik ungetriebenes, streng sachliches Bild über das Gebaren der Finanzverwaltung erhält. Der Rechnungshof sei eine durchaus selbständige Behörde, nicht nur gegenüber der Staatsregierung, sondern auch gegenüber dem Parlament. Diese Unabhängigkeit sollte von allen Seiten anerkannt werden. Man möge eine Regelung, ähnlich dem Verhältnis zwischen Reichsregierung, Reichstag und Rechnungshof des Reiches treffen. Nur den Wirkungsgrad der parlamentarischen Kontrolle zu steigern, sollte durch eine Vereinbarung die Möglichkeit geschaffen werden, die sachkundigen Berater des Rechnungshofes auch mündlich im Ausschuß zu hören.

Auch Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmitt stellt fest, daß der Rechnungshof gemäß Gesetz eine selbständige Behörde sei, die über dem Staatsministerium stehe und die Aufgabe habe, die Tätigkeit der Verwaltung und die Ausgaben des Staates zu kontrollieren. Das Recht der freien Meinungsäußerung werde ihm nicht bestritten. Wenn er, der Minister, den Bericht des Weersburger Weines mit fremden Weinen nicht erlaube, so habe er dafür seine guten Gründe. Das Recht Weersburg sei ein Mustergut und soll es bleiben.

Auf kurze Bemerkungen des Abg. Seibert (Ztr.) erklärt Abg. Egger (Ztr.), man könne sich mit freuen, wenn der Rechnungshof frei und offen seine Meinung zum Ausdruck bringe. Aber die zuweilen überaus ausdrucksweise dürfe man nicht allzu empfindlich sein. Auch der Vorwurf mangelnder Gesetzkenntnis sei nicht so tragisch zu nehmen; denn wer kennt heute alle Gesetze! Den grundsätzlichen Darlegungen des Abg. Gündert stimmt der Redner zu, ebenso

der demokratische Abg. Dr. Glöckner, der einiges zur Klarstellung vorträgt und betont, daß er an dem Rechtszustand, wie er sich seit Bestehen der Oberrechnungsämter entwickelt hat, nichts auszusagen habe. Es sei früher ohne mündliche Vertretung im Ausschuß gegangen, und es werde auch weiter so gehen. Im übrigen begrüßt Abg. Dr. Glöckner, wenn ein frischer Ton in den Berichten angeschlagen wird, im Gegensatz zu der idyllischen Langeweile der früheren Berichterstattung.

Ministerialrat Ulrich macht einige Ausführungen über das Recht Weersburg.

Nach einem kurzen Schlußwort des Abg. Reinhold stimmt das Haus den Ausschlußanträgen zu.

Es folgt ein Bericht des Abg. Weishaupt (Ztr.), der die Mitteilung des Innenministers über Unwetter- und Schiffschäden in den Jahren 1926 und 1928 zum Gegenstand hat. Damit im Zusammenhang steht ein Gesuch der Gemeinde Audenbach um Staatszuschuß für Unweterschäden.

Nach kurzer Debatte wird entsprechend dem Ausschlußantrage die Mitteilung des Ministers zur Kenntnis genommen und das Gesuch der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Außerhalb der Tagesordnung kommt die kurze Anfrage

des Abg. Hartmann wegen der drohenden Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie zur Erledigung.

Oberregierungsrat Emele antwortet, daß die Regierung beim Landesarbeitsamt für Süddeutschland dafür eintreten wird, daß das Verfahren zur Aufnahme der Tabakarbeiter in die Krisenfürsorge beschleunigt wird.

Es folgt die Verabschiedung einer Reihe von Gesuchen.

Abg. Reinhold (Soz.) berichtet über die Eingabe der Vereinigung badischer Vektoren zur Besoldungsordnung. Der Haushaltsausschuß beantragt, das Gesuch der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß die Fälle, wo infolge Überalterung die Erreichung des Höchstalters in A 3 b nicht mehr möglich ist, als Einzelfälle im Sinne des § 51 des Besoldungsgesetzes behandelt werden. Im gleichen Sinne soll auch bei anderen Beamtengruppen verfahren werden. Dem Antrag wird zugestimmt.

Abg. Reinhold berichtet ferner über das Gesuch der Vereinigung der höheren technischen Staatsbeamten in Baden, betr. Einkommensverhältnisse der nach nicht in den Staatsdienst übernommenen Gewerbeschulassessoren. Der Haushaltsausschuß beantragt, der Landtag wolle beschließen, obiges Gesuch vom 12. November 1928 der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß sie prüft, ob nicht in den Staatsvoranschlag 1930/31 die erforderliche Zahl von außerplanmäßigen Stellen aufgenommen werden kann. Der Antrag wird angenommen bei 10 Stimmhaltungen (Deutsch-nationale und Kommunisten).

Abg. Dr. Hoffmann (Ztr.) erstattet Bericht über das Gesuch des Vereins der Oberwarte und Oberwirtschaftsbeamten der badischen Geil- und Pflegeanstalten. Dieses betrifft ebenfalls die Besoldungsordnung und wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Abg. Gündert (D. Vpt.) berichtet über die Eingabe der Gemeinde Lintenheim (Amt Karlsruhe) zum Staatszuschuß und Darlehen für Kanalisation und Straßenanlegung zur Erschließung von Baugebiete. Der Antrag geht dahin, das Gesuch durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären.

Die Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dntf.) und Kurtz (Soz.) hätten gewünscht, daß man der Gemeinde mehr entgegenkommen wäre. Dem Ausschlußantrag wird mit großer Mehrheit zugestimmt.

Abg. Gündert berichtet sodann über das Gesuch des Gemeinderats Doffenheim, die Lage der Steinindustrie betreffend. Der Ausschluß beantragt, der Landtag wolle beschließen, obiges Gesuch der Regierung in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß der badische Staat nach Möglichkeit die Schotterindustrie an der Bergstraße, insbesondere des Doffenheimer Gemeindefeindes, berücksichtigt, die Regierung bei

der Reichsbahn nochmals vorstellig wird, das früher bestehende Vertragsverhältnis zwischen der Reichsbahndirektion und dem Gemeindefiskus wieder aufzunehmen. Das Anliegen der Gemeinde Dörschheim wird von allen Seiten lebhaft unterstützt. Die Art der Debatte gibt aber dem Präsidenten Anlaß zur Mahnung an die Abgeordneten, auf die Würde des Hauses bedacht zu sein. Der Ausschussantrag findet einstimmige Annahme.

Zur Kenntnisnahme überwiesen wird das Gesuch des Gemeindefiskus Weisweil (bei Emmendingen) wegen Befreiung vom Landstraßenbeitrag für die Landstraße Schönau-Kenningen.

Auf der Tagesordnung stehen zum Schluß gegen 10 Gesuche persönlicher Natur, die gemäß den Beschlüssen des Rechts- und Verwaltungsausschusses rasch erledigt werden.

Nächste Plenarsitzung Donnerstag, 13. Dez., vorm. 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen.

Im Badischen Landtag sind eingegangen Anträge des Abg. Hertle (Wirtschaftspartei) und Gen. über das Verbot des Kupierens der Pferdeschneise und über die Kollage der badischen Landwirtschaft, und von Au (Wirtschaftspartei) und Gen. über die Förderung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen. Unter den Gesuchen befinden sich solche des Badischen Städteverbandes über die Beiträge der Städte zu den Kosten der Polizei, des Verbandes der Polizeibeamten Badens über die Befreiung der durch die Befolgsregelung entstandenen Gärten, des Reichsbundes der Biwidienstberechtigten, Landesverband Baden, über den Fortfall der §§ 47 bis 49 des Befolgsengesetzes vom 24. Februar 1928, und des Kreisrates des Kreises Karlsruhe über die Kraftfahrzeugsteuer.

Besuch des Staatspräsidenten in Berlin

Staatspräsident Dr. Schmitt wird sich Mitte nächster Woche nach Berlin begeben, um dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung einen offiziellen Besuch abzustatten. Aus diesem Anlaß wird der badische Gesandte Dr. Gonsch einen Gesellschaftsabend veranstalten.

Der Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang Dezember 1928

St. L. A. Die Bitterung war in der ersten Hälfte des abgelaufenen Monats November vorwiegend trocken und für die Durchführung der Feldgeschäfte überaus günstig. Am die Monatsmitte stellten sich bei stürmischen Winden ergiebige Regenfälle ein, die gegen Monatsende da und dort in Schnee übergingen.

Die frühzeitig untergebrachten Saaten zeigen fast ausnahmslos einen gleichmäßigen und gesunden Bestand; auch die Spätsaaten laufen rasch und kräftig auf.

Bereinzelt wird über Schneeden, Kräh- und Mäusefraß geklagt, auch wurden da und dort Engerlinge festgestellt, jedoch dürfte ein erheblicher Schaden vorläufig noch nicht zu befürchten sein.

Ueberzeichnung der badischen Anleihe in der Schweiz

Dr. Bürki, 6. Dez. (Schw.) Die 6½prozentige Schweizer-Franken-Anleihe der Badischen Girozentrale in Mannheim ist mehrfach überzeichnet worden.

Der badische Innenminister gegen eine Verschleppung des Rheinbrückenbaus

Wie aus Berlin gemeldet wird, erhob im Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete Abgeordneter Kemmle scharfen Protest gegen die Verzögerungen beim Bau der drei pfälzischen Rheinbrücken. Es sei eine völlige Verleugnung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten, wenn man in dem Bau strategische Pläne erblicken wollte. Durch die neue Grenzziehung infolge des Verlustes von Elsaß-Lothringen sei es unbedingt notwendig geworden, Verkehrswege insbesondere für den Straßenverkehr über den Rhein zu schaffen. Der Redner hat die Reichsregierung, die Verzögerung mit allen Mitteln zu beseitigen. Ferner ging er auf die schwierige Lage Rheins ein und wies auf die Notwendigkeit der Ringverlegung und auf eine Beschleunigung der Verhandlungen bezüglich des kleinen Grenzverkehrs mit Frankreich hin.

Gelegentlich der Anwesenheit des Außenministers Dr. Stresemann vor einigen Wochen in Karlsruhe wurde u. a. auch die Frage der Rheinbrückenbauten erörtert. Generalkonful Menginger, Präsident des Badischen Verkehrsverbandes, hat den Außenminister damals um seine Unterstützung zwecks Erzielung einer Beschleunigung der Ausführung. Auf die Übermittlung der zuletzt vom Badischen Verkehrsverband zur Rheinbrückenfrage gestellten Entscheidung hat jetzt das auswärtige Amt mitgeteilt, daß Minister Stresemann seit längerer Zeit der Förderung des Baues der Rheinbrücken bei Marau, Speyer und Mannheim seine besondere Aufmerksamkeit widmet.

Konsularische Vertretung Litauens

Der litauische Generalkonful Friedrich Klüger in München ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Konsularische Vertretung Mexikos

Der mexikanische Generalkonful Enrique D. Ruiz in Hamburg ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen auch in Baden zugelassen worden.

Aus den Parteien

Die Deutsch-Demokratische Partei nahm auf ihrer in Dillingen stattgefundenen Bezirksversammlung für die Landtagswahlen für den Bezirk Lörrach Bürgermeister Krauß, Weill-Leopoldshöhe, und Oberrealschullehrer Dr. Sieber, Lörrach, in Aussicht. Die Nominierung der Kandidaten ist noch nicht endgültig.

Die Zentrumspartei hat im 11. badischen Wahlkreis (Wahlkreis-Mannheim) den Landtagspräsidenten, Dr. Eugen Baumgartner, als Spitzenkandidaten aufgestellt. An zweiter Stelle steht Bezirksrat Friedrich Graf, Achern, und an dritter Platz Herr Joseph Fischer, Lauf.

Im Bezirksverband Woschob-Adelsheim wurde zum Spitzenkandidaten der Deutschen Volkspartei Landwirt und Bürgermeister Eugen Leibfried, Guttendorf, an zweiter Stelle Bauernmeister und Bürgermeister Hermann in Hirschlanden aufgestellt. Der Bezirksverband Tauberhofsheim-Wertheim stellte Fabrikant Wihl, Hef in Waldbühl an erster Stelle, Hauptlehrer Kies, Lauda, an zweiter Stelle auf. Der Bezirksverband Wehrhahn-Pfaffenwörth-Steinach-Überlingen hat Landwirt und Bürgermeister Wihl, Fuchs, Roggenwies, aufgestellt.

Fernsprechanträge auf Ratezahlung

Fernsprechanträgen auf Ratezahlung, vom 1. Januar 1929 ab den Anschließern auf Wunsch Teilzahlungen bei der Abtragung der Einrichtungskosten und Apparatbeiträge gestattet. Die Gebühren sollen aber innerhalb Jahresfrist voll entrichtet werden. Die noch nicht bezahlten Beträge sind monatlich zu verzinsen. Im weiteren wird solchen Teilzahlern, die ihre Fernsprechanträge aus Anlaß des Inkrafttretens der Fernsprechnormung vom 15. Februar 1927 gefündigt haben, die Wiedereinrichtung der Anschlüsse in demselben oder in einem anderen Ort ohne dadurch erleichtert, daß keine Apparatbeiträge und auch keine laufende Gebühren für die Zwischenzeit erhoben werden, wenn die Wiedereinrichtung der Anschlüsse bis zum 31. März 1929 beantragt wird.

Die Bodenerregulierung

Nach jahrelangen Verhandlungen hat sich, wie gemeldet, soeben zwischen den an den Bodensee grenzenden Kantonen der Schweiz: St. Gallen, Thurgau, Zürich und Schaffhausen ein Programm über die Regulierung des Bodensees, des Bodens und Untersees sowie über die Kostenverteilung abgeklärt. Nun erst kann an die anderen Anrainerstaaten des Sees: Baden, Württemberg, Bayern und Österreich mit konkreten Vorschlägen herangetreten werden. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission ernannt, an deren Spitze Dr. Karl Spahn (Schaffhausen) gestellt wurde.

Bei Stein am Rhein soll, wie der „Bayer. Staatsztg.“ aus der Schweiz berichtet wird, eine Schiffahrtsschleuse gebaut werden; außerdem ein Staue mit einer Schleuse für Dampfschiffe. Die Herstellung des Niesenerkes hat eine Reihe nützlicher Zwecke zu berücksichtigen, wie Befreiung der Überschwemmungsgefahr, Verbesserung der Produktionsmengen der oberbayerischen Kraftwerke, Korrektur der Zu- und Abflüsse des Seebodens und Förderung der Fischerei. Der Seewasserstand des Sees wird um 60 bis 70 Zentimeter gesenkt und große Flächen als Kulturland nutzbar gemacht. Die Kosten des Unternehmens, das vor allem die Schönheiten des Landschaftsbildes zu schonen verpflichtet ist, sind mit 15,5 Millionen Franken veranschlagt. Optimisten schätzen, daß die gigantische Arbeit, wenn nunmehr auch die anderen Uferstaaten ernsthaft ans Werk gehen, in rund fünf Jahren vollendet sein wird.

Aus der badischen Industrie

Renabschluss des Kollektivabkommens in der Uhrenindustrie. Die am Dienstag in Schwenningen weitergeführten Verhandlungen über die gekündigten Bestimmungen des Kollektivabkommens haben zu einer Einigung zwischen den Tarifparteien geführt, so daß das Tätigwerden des Schlichtungsausschusses sich erübrigt. Das Kollektivabkommen wurde im wesentlichen in der alten Form zunächst auf ein Jahr verlängert. Die zwischen den Tarifparteien vereinbarten Änderungen des Manteltarifs beziehen sich in der Hauptsache auf eine klarere Fassung der Urlaubbestimmung.

Gemeinderundschau

Die Wahl des neuen Oberbürgermeisters der Stadt Heidelberg ist auf Sonntag, den 16. Dezember, früh 11 Uhr, festgelegt. Wahrscheinlich ist, daß nur der Damerer Beigeordnete Dr. Reichhaus auf der Kandidatenliste stehen wird.

Bürgermeisterwahlen. In Moosbrunn (bei Eberbach) wurde der seitherige Bürgermeister Wilhelm Hef einstimmig wiedergewählt. — Nachdem in Marlen auch der dritte Wahlgang ergebnislos gewesen ist, wird nunmehr das Ministerium einen Bürgermeister auf die Dauer von zwei Jahren ernennen. Es waren wieder vier Kandidaten aufgestellt, alle 57 Bürgerausschussmitglieder beteiligten sich an der Abstimmung. Es wurden 12, 13, 18 und 8 Stimmen abgegeben, ein Mitglied gab einen weißen Zettel ab.

Am die neue Kurdirektorstelle in Baden-Baden haben sich nicht weniger als 96 Herren beworben. Kurdirektor von Hochwächter ist vom 25. Januar ab in seinem Dienste beurlaubt.

Der Stadtrat Offenburg hat beschlossen, den Ausbau der Kaserne in der nächsten Zeit zu beschleunigen für die Mädchenrealschule umzubauen. Spätestens im Jahre 1929 werden nämlich die Realschule sowie die Oberrealschule mit ihren Räumen nicht mehr auskommen, und dadurch wird die Verlegung der Mädchenrealschule in die Kaserne notwendig. Dem Bürgerausschuß wird in nächster Zeit eine Vorlage darüber zugehen.

1. Generalversammlung der Schaunlandsbahn-A. G. Für die Gründer der Schaunlandsbahn-A. G. läßt der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, Dr. Bender, alle Personen und Stellen, die sich durch Unterfertigung des von der Schaunlandsbahnstudien-Gesellschaft angelegenen vorläufigen Zeichnungsscheins zum Bezug von Aktien der Gesellschaft verpflichtet haben, zur ersten Generalversammlung auf Donnerstag, den 20. Dezember 1928, nachmittags 4 Uhr, in den Festsaal der Mädchenrealschule Freiburg ein. Auf der Tagesordnung stehen der Bericht der Gründer über den bisherigen Verlauf der Gründung und die Wahl des ersten Aufsichtsrats.

Zur Eingemeindung von St. Georgen zu Freiburg i. Br. Auch wenn St. Georgen zu Freiburg kommen würde, würde Freiburg, das jetzt etwa 92 000 Einwohner zählt, nur einen Zuwachs von 2700 Personen erhalten. Es fehlen immer noch rd. 5000 Personen bis zur Überschreitung der 100 000-Grenze.

Der Bürgerausschuß Waldbrunn (bei Waldbrunn) beschloß den Ankauf der an der Schlicht gelegenen, der Firma Gütermann & Co. in Waldbrunn gehörenden Weidenwindelei zum Preise von 15 000 M. Gleichzeitig beschloß der Bürgerausschuß, die angekaufte Fabrik an die Firma Metz, Vater & Söhne in Freiburg i. Br. zu verpachten. 45-70 Arbeiter und Arbeiterinnen sollen in der neuen Fabrik beschäftigt werden. Der Pachtvertrag läuft auf zehn Jahre. Den Innenausbau der Fabrik übernahm die Firma, die Augenreparaturen, Instandhaltung der Wege usw. übernahm die Gemeinde.

Das Elektrizitätswerk Singen a. S. Die Stadtgemeinde Singen hat von der Firma Len Wirm, Aien, das bislang im Besitz von Troelschler und Singer befindliche Singener Elektrizitätswerk zum Preise von 1,4 Millionen Reichsmark erworben.

25 Jahre Stadtrat. Rechtsanwalt Friedrich Bortisch konnte am vergangenen Samstag auf eine 25jährige Tätigkeit im Lörracher Stadtrat zurückblicken.

Konflikt im Gemeinderat. Die drei Zentrumsmglieder des Siedinger Gemeinderats haben dem Bürgermeisteramt mitgeteilt, daß sie an den Sitzungen des Gemeinderats nicht mehr teilnehmen werden, weil die übrigen Gemeinderäte in einer öffentlichen Erklärung behauptet hätten, daß die Zentrumsgemeinderäte nicht im Interesse der Stadt arbeiteten.

Die badischen Baugenossenschaften. Nach Mitteilung der „Badischen Arbeiterzeitung“ haben die badischen Baugenossenschaften im Jahre 1927 rund 1350 Wohnungen gebaut. Sie besitzen rund 8000 Wohnungen bei einer Mitgliederzahl von 60 000 Personen.

Aus der Landeshauptstadt

Naturschutz

Nach dem Vorbild anderer deutscher Länder wurde auch in Baden im Oktober 1927 eine Landesnaturforschungsstelle errichtet, zu deren Aufgabenkreis die Erforschung, Verzeichnung und dauernde Beobachtung aller in Baden vorhandenen erhaltenswerten Einzelschöpfungen der Natur (Naturdenkmäler), der Schutz gefährdeter Tiere und Pflanzenarten, die Beobachtung und der Schutz von Gebieten mit eigenartiger Bodengestaltung, Tier- oder Pflanzenwelt (Naturschutzgebiete) und der Schutz des Landschaftsbildes gegen Entstellung, wie auch die Anlage eines staatlichen Bildarchivs für Aufnahmen bemerkenswerter Landschaftsbilder gehören. Zur Unterstützung der staatlichen Naturschutzbestrebungen wurde am 28. November 1928 eine Bezirksnaturforschungsstelle für den Amtsbezirk Karlsruhe eingerichtet. Vorsitzender der Bezirksnaturforschungsstelle ist Landrat Dr. Baur. Der Bezirksnaturforschungsstelle gehören außer den Vertretern der Forstämter, des Domänenamts und des Bezirksbauamts an: Vertreter der Schulbehörden und der Lehrerschaft, der Presse, der „Badischen Heimat e. V.“, des Schwarzwaldvereins, der „Vergwacht“, der „Naturfreunde“, des Bundes deutscher Jäger, sowie die Bezirkspfleger der Kunst- und Altertumsdenkmäler. Als Geschäftsführer wurde Hauptlehrer Josef Bauer, Karlsruhe, bestimmt.

Die Bezirksnaturforschungsstelle will alsbald mit der Anlegung eines Naturschutzbüchchens mit zeichnerischen und photographischen Aufnahmen beginnen und regelmäßige Begehungen des Geländes, unter Einladung der Mitglieder der Bezirksnaturforschungsstelle vornehmen. Den der Bezirksnaturforschungsstelle angehörenden Mitgliedern der „Vergwacht“ obliegt hauptsächlich die Einhaltung der Vorschriften zum Schutze der heimischen Pflanzen- und Tierwelt im Benehmen mit den Polizeibehörden.

In der Versammlung wurde es für wünschenswert bezeichnet, daß eine Rheininsel in der Nähe von Karlsruhe als Naturschutzgebiet ausgetastet werde. Die Rappenswörthinsel wurde hierfür für weniger geeignet bezeichnet, nachdem dort ein Strandbad und eine elektrische Straßenbahn errichtet werden sollen.

Im Botanischen Garten bei der Technischen Hochschule hier sind Beete angelegt, die alle zu schützenden Pflanzen enthalten, deren Besichtigung in der guten Jahreszeit allen Naturfreunden anempfohlen werden kann.

Der Bezirksnaturforschungsstelle ist es vor allem daran gelegen, den Naturforschungsgelehrten in der Öffentlichkeit zu verbreiten und hierfür Freunde zu gewinnen.

Bestehungsfrage Elsfässer

In der am Mittwoch fortgesetzten Beweisaufnahme erklärte Zeuge Haishausen, in der Inflationszeit hätten kleine Firmen eher Holz abgegeben als große. Zeuge Eichenhofer, Freiburg, stand mit Mantle in Geschäftsbeziehungen. In der Nacht auf 12. März übernachtete nach seiner Aussage Elsfässer bei Mantle, am 15. kam der Holzkauf zustande und Mantle übergab dem Zeugen 1 Million Reichsmark Anzahlung. Er bezeichnet Mantle als seriösen Geschäftsmann, nachdem er ihn und Elsfässer früher als Schieber und Zehbrüder bezeichnet hatte. Zeuge Rutteroff bezeugt, daß er am gleichen Tage, als das Holz bei ihm bestellt wurde, unter denselben Bedingungen, wie dem Finanzamt gegenüber, das Holz bei Fuchs-Söhne gekauft habe. R. stand mit Elsfässer und dessen Familie in guten Beziehungen. Er habe ihm weder Provisionen noch Geschenke gemacht. Auch der Bruder des Zeugen, Paul Rutteroff, hat, wie er angibt, Elsfässer keine Zusicherungen gemacht. Die Vertragsbedingungen Elsfässer-Rutteroff seien die gleichen des Vertrags Rutteroff-Fuchs gewesen. E. hatte behauptet, wegen der Nebenleistungen sei der Vertrag mit R. günstiger gewesen, als beim Bezug von Ha. Fuchs. Das Holz von R. sei billiger gewesen, obwohl R. das selbe von Fuchs bezog. Heute vermag der Zeuge ohne Nachrechnung nicht zu sagen, ob seine Firma zu denselben Preisen geliefert haben würde wie R. Auch der Zeuge bestätigt, daß es nicht üblich gewesen sei, vom Staat höhere Preise zu verlangen. Vgl. der Betrugsanfrage gegen Steinwarz wurde Zeuge Kaufmann Karl Günther vernommen. St. hatte für das Reichsbauamt die Lieferung der Zentralheizungsanlage in Mannheim übernommen und zu gleichen Bedingungen dem Zeugen die Isolierungsarbeiten überwiesen. Nach einer Feststellung des Vorsitzenden hat Günther von Steinwarz für die Arbeiten 1800, Steinwarz jedoch vom Finanzamt dafür 7500 erhalten. Steinwarz benennt Zeugen, die angeben sollen, daß auch Material seiner Firma verwendet wurde. Der Vorsitzende verweist darauf, daß sich Steinwarz einen Kessel habe doppelt bezahlen lassen. Er habe lediglich durch Benutzung des Telefons 4000 verdient.

Fred Marion über das Hellsehen. Einen äußerst interessanten Experimentallvortrag veranstaltete Fred Marion im Rathausaal. In einem theoretischen Teile versuchte der Redner die zahlreichen Zuhörer über die Probleme der Parapsychologie aufzuklären. Parapsychologie sei eine Wissenschaft, die mit „Zauberkunst“ nichts zu tun habe. So sei es auch mit dem Hellsehen. Die besten Beweise seien die bekannten Hellseherprozesse in Lahr, Bernburg und Jüterburg. Auch die Wissenschaft beschäftige sich mit diesem Problem. Okkultismus, Telepathie, Hypnose und Suggestion wurden gestreift. Interessant waren die Ergebnisse seiner Parapsychologie (Schriftdeutung). Einige Proben, an Hand von fremden Schriften, gaben Beweise. Marion behandelte noch den Fall der Therese Neumann in Konnersreuth. An Ort und Stelle hatte er längere Zeit Gelegenheit, Forschungen aufzustellen, und er ist überzeugt, daß es sich um ein tatsächliches Wunder handle. Nicht im religiösen Sinne; die Visionen seien ein zeitliches Hellsehen und Hellhören. Therese Neumann sieht die Dinge, wie sie sich damals abgespielt haben. Interessanter waren die Experimente des zweiten Teils des Abends. Marion zeigte die Unterschiede zwischen Gedankenfühlen, Gedankenempfinden und Hellsehen. In kurzer Zeit wurden verdeckte Gegenstände von ihm gefunden. Noch überzeugender waren die Beweise im Hellsehen. Beschriebene Fettel, in Umschlag gesteckt, enthielten bestimmte Vorgänge einer Person. Mit einer erstaunlichen Sicherheit, aber auch Schnelligkeit wurden die gestellten Aufgaben glänzend gelöst. Es handelte sich um ein Sehen von zurückliegenden Ereignissen. Fred Marion ist in Karlsruhe kein Unbekannter, seine Vorträge finden immer einen großen Kreis. Er versteht es ausgezeichnet, die Zuhörer durch seine temperamentvolle Redekunst und mit seinen Experimenten zu fesseln, die stets reichen Beifall einbrachten.

Vom Theater: Wihl Jillen, der frühere Seldentener unseeres Landestheaters, ist ab 1. Januar 1929 auf drei Monate nach den Vereinigten Staaten Nordamerikas verpflichtet worden. Jillen, der in Karlsruhe sich größter Beliebtheit erfreute, wie er ja auch in seinem späteren Wirkungskreis, in Leipzig, außergewöhnlich gefeiert wurde, wird in den größeren Städten der Union im „Ring der Rebellen“ den Voge, Stegmann und Siegfried fingen.

